

Sie können der Öffentlichkeit also weder vermitteln, wie der Fahrplan aussieht, geschweige denn, in welche Richtung die Fahrt gehen soll. Diese Unklarheit bestärkt uns darin, jetzt dem Parlament unser Konzept zur Beratung vorzulegen; denn es wird dringend Zeit, eine Reform der Kitafinanzierung in die Spur zu setzen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In der Regierungszeit der SPD wurde eine neue U3-Pauschale eingeführt. Es gab mehr Geld für Familienzentren, Brennpunktkitas und Sprachförderung. Die Landesmittel für die Kitafinanzierung wurden mehr als verdoppelt, zuletzt auf über 2,5 Milliarden €. Auch unter der neuen Landesregierung hat es bereits eine Finanzspritze für die Einrichtungen gegeben. Aber alle Anstrengungen der vergangenen Jahre haben nicht dazu geführt, dass sich die Qualität und Auskömmlichkeit im Kinderbildungsgesetz nachhaltig verbessert hätten.

Wir müssen gemeinsam feststellen: Das KiBiz-System ist erkennbar an sein Ende gekommen. Das KiBiz ist nicht reformierbar, es muss ersetzt werden.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen weg von der Finanzierung über Kindpauschalen. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Verantwortung von Land, Trägern und Kommunen. Gemeinsam müssen sie für eine auskömmliche Grundlage und deren Fortschreibung sorgen.

Für die SPD ist aber klar: In Zukunft muss das Land noch einmal deutlich mehr Verantwortung übernehmen. Unser Reformmodell lautet: Sockelfinanzierung plus einrichtungsabhängige Zuschüsse.

Wir schlagen eine feste Einrichtungsfinanzierung im Umfang von mindestens 30 Stunden vor. Dieser Finanzierungssockel wird unabhängig von der Belegung gewährt. Er wird die gewöhnlichen Fixkosten abdecken, die in jeder Einrichtung anfallen, und sich an der Zahl der Regelplätze bemessen.

Damit haben die Träger Planungssicherheit für ihr Personal. Wir erwarten, dass sich dies in sicheren und festen Stellen widerspiegeln wird.

Das neue System wird die Qualität vorantreiben. Der Personalschlüssel, der im heutigen KiBiz als Höchstwert definiert ist, muss künftig das absolute Minimum darstellen. Anders als heute werden dabei Leitungsfreistellungen, Elterngespräche und Dokumentationszeiten angemessen berücksichtigt. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel wird dadurch deutlich verbessert.

Das Land wird für den Finanzierungssockel den Löwenanteil übernehmen. Die Kommunen werden in ihren Finanzierungsanteilen entlastet, die Trägeranteile mindestens halbiert. Eltern werden sich an der Sockelfinanzierung nicht mehr beteiligen müssen.

Über den Sockel hinaus soll es weiterhin Zuschüsse geben, die sich an der Anzahl der betreuten Kinder orientieren. Für die SPD ist aber nach wie vor wichtig, dass Ungleiches auch ungleich behandelt wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Zuschuss muss deshalb einrichtungsabhängig sein und sich an einem Sozialindex orientieren. Auch hier wird das Land weiterhin seiner Verantwortung gerecht und sich – wie heute auch – mit 35 % beteiligen.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Spielräume, damit das Land eine derart tiefgreifende Reform stemmen kann, wurden in der Regierungszeit von Hannelore Kraft erarbeitet. Nicht zuletzt ihr ist es zu verdanken, dass der Länderfinanzausgleich zusätzliches Geld für Nordrhein-Westfalen bringen wird.

Das ist wichtig. Denn eine Reform, wie wir sie uns vorstellen, wird kein Pappentier. Wir gehen davon aus, dass das Land mindestens 1 Milliarde € zusätzlich für unsere Kitas mobilisieren muss, und zwar, nachdem zunächst die Finanzierungslücke geschlossen wurde – eine Milliardensumme für die frühkindliche Bildung.

Wir sind davon überzeugt, dass dieses Geld gut angelegt ist – für unsere Kinder, für unsere Familien, für unsere Kitas. Das Fundament dafür haben wir heute vorgestellt.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. August dieses Jahres feiert das Kinderbildungsgesetz Jubiläum. Es wird zehn Jahre alt. Das KiBiz ist in diesen zehn Jahren herangewachsen, vielleicht auch etwas gereift.

Aber ein ehrlicher Blick macht klar: Das KiBiz ist noch nicht aus seinen Kinderschuhen heraus. Es ist noch nicht aus den Kinderschuhen heraus, obwohl es seit seiner Verabschiedung im Zentrum der fachpolitischen Diskussion steht. Es ist noch nicht aus den Kinderschuhen heraus, obwohl es in verschiedenen Revisionschritten verändert und weiterentwickelt wurde.

Wo liegt also das Problem? – Das Problem, meine Damen und Herren, liegt in der Finanzierungssystematik. Denn eine ganz grundsätzliche strukturelle Problematik des KiBiz wurde trotz aller Diskussionen und Veränderungen bis heute nicht behoben – nicht behoben, weil die ursprünglich gesetzlich vorgese-

hene jährliche Dynamisierung von 1,5 % nicht ausgereicht hat, um die Kosten, die mit gutem, qualifiziertem Personal nun einmal verbunden sind, abzufangen.

Da waren auch die Finanzierungsbausteine, die der Kollege Maelzer gerade aufgezählt hat, nicht geeignet. Im Gegenteil! Sie haben nicht nur nichts gebracht, sondern zu viel mehr Bürokratie für die Kindertagesstätten und -einrichtungen geführt.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ja!)

Was dann passiert ist, haben die Familien und Kinder in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün in den zurückliegenden Jahren schmerzlich zu spüren bekommen. Die finanziellen Spielräume der Kitaträger wurden immer enger. Aus dieser finanziellen Enge folgte vielerorts ein natürlich ungewollter, aber unvermeidbarer Abbau von Personal und Personalstunden. Diesem Abbau von Personal und Personalstunden folgte wiederum eine schleichende Reduzierung der Betreuungsqualität.

Diese Folge trat ein, obwohl die Erzieherinnen und Erzieher in Nordrhein-Westfalen oft bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus alles für unsere Kinder in den Tageseinrichtungen gegeben haben. Ihnen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kitas überall in unserem Land, gebührt Dank und Anerkennung für ihren herausragenden Einsatz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Problem in der Finanzierungssystematik und die gerade geschilderten Probleme waren auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, als Sie noch in Regierungsverantwortung standen, sehr wohl bekannt.

Auch die Erkenntnis, dass es einer strukturellen Reform bedarf, um das Problem zu lösen, war Ihnen eigentlich nicht entgangen. Im Koalitionsvertrag der Vorgängerregierung 2012 ist sehr wohl von der Notwendigkeit zu lesen, das Finanzierungssystem zu überprüfen und anzupassen. Es ist davon zu lesen, dass man den Revisionsprozess mit einem neuen Gesetz abschließen wolle.

Was von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, kam, war jedoch keine strukturelle Reform. Mit dem sogenannten Überbrückungsgesetz kam eine punktuelle Überbrückung. Nomen est omen!

Anders formuliert: Rot-Grün hat es nicht geschafft, die gesetzliche Grundlage für ein KiBiz zu beschließen, die eine ehrliche, auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen gewährleistet.

Am Rande bemerkt: Die Idee einer Sockelfinanzierung, mit der Sie hier vermeintlich auftrumpfen, stammt ja noch nicht einmal von der SPD.

(Zuruf von der SPD: Bitte?)

Sie schmücken sich mit fremden Federn. Die Idee der Sockelfinanzierung stammt von der AWO. Ihre glücklose Familienministerin, Christina Kampmann, hatte diese dann gekapert. Natürlich ist sie in der letzten Legislaturperiode damit durch das Land gezogen. Nur die Umsetzung hat bei dieser glücklosen Ministerin auch nicht klappen können.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber sehr erbärmlich! – Weitere Zurufe)

Konnte sie nicht? Wollte sie nicht? Durfte sie nicht? Wir werden es wahrscheinlich nie erfahren.

(Beifall von der CDU)

Es gab also kein Erkenntnis-, sondern schlichtweg ein Umsetzungsdefizit.

(Zuruf von der SPD: Frau Altenkamp sagt, dass Sie sie nicht weiter reinreißen sollen!)

Es gab ein Umsetzungsdefizit. Sie sind, um es einfach zu formulieren, an Ihren eigenen Ansprüchen gescheitert.

Deshalb wirken der Antrag der SPD und der Geist des antreiberischen Aktionismus, den dieser Antrag atmet, schlichtweg ungläubwürdig.

Für die NRW-Koalition ist klar, dass insbesondere qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung von ganz besonderer Bedeutung ist. Für uns gilt: Mit der Zukunft unserer Kinder entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Dem ungläubwürdigen Aktionismus des vorliegenden Antrags der SPD setzen wir daher ein glaubwürdiges, strukturiertes, zielorientiertes Handeln entgegen.

(Zuruf von der SPD: Das ist überhaupt kein Aktionismus!)

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von der CDU)

Wir haben das Kita-Träger-Rettungspaket im Umfang von 0,5 Milliarden € angekündigt, wir haben das Kita-Träger-Rettungspaket beschlossen, und wir haben das Kita-Träger-Rettungspaket umgesetzt. Die 0,5 Milliarden € kommen in diesen Tagen bei den Jugendämtern an.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Jetzt erst?)

So, wie es CDU und FDP im Koalitionsvertrag verabredet haben, werden wir jetzt – im Gegensatz zur SPD – erstens eine auskömmliche und ehrliche Finanzierungsgrundlage für frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen schaffen.

Wir werden zweitens wieder mehr Qualität in das System bringen – Qualität, die unter Ihrer Verantwortung schmerzlich gelitten hat und nur unter höchsten

Anstrengungen der Kitamitarbeiterinnen und -mitarbeiter gewährleistet werden konnte.

Drittens werden wir für bedarfsgerechte Flexibilität für die Mütter und Väter sorgen, um die Familien in NRW entlasten und unterstützen zu können.

Meine Damen und Herren, wir holen das KiBiz aus den Kinderschuhen heraus – glaubwürdig, strukturiert und zielorientiert.

Damit das gelingen kann, werden wir in einem engen gesellschaftlichen Schulterschluss den vertrauensvollen Austausch mit Praktikerinnen und Praktikern pflegen. Wir tun das schon jetzt, und wir werden das in den nächsten Wochen und Monaten noch verstärken. Das gilt insbesondere für unsere Partner auf der kommunalen Ebene, die ein besonderes Mitgestaltungsinteresse haben.

Wir werden durch einen offenen, konstruktiven Dialog den besten Weg für eine gute Finanzierung der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen finden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie suchen also!)

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, werden wir dies auch in ein erfolgreiches politisches Handeln umsetzen –

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Kein Plan!)

für ein auskömmlich finanziertes System, für mehr Qualität und für eine bedarfsgerechte Flexibilität für unsere Kinder und unsere Familien.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Hafke das Wort.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD] – Gegenruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nein, das tut er nicht! Er bleibt ganz sachlich!)

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD hat uns wieder einen Antrag aus der Rubrik „Sieben Jahre regiert, und nichts ist passiert“ eingereicht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Heute mal eine Büttenrede!)

Ich freue mich darüber, dass wir wieder einmal, wie jede Plenarwoche, darüber diskutieren können, wie die Bilanz von Frau Kraft, Frau Kampmann und Frau Schäfer aussieht, und das immer wieder hier darstellen dürfen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es wäre schön, wenn Sie das mittelfristig darstellen würden!)

Herr Dr. Maelzer, Sie haben mit dem Antrag freundlicherweise das Regierungshandeln von SPD und Grünen in den letzten sieben Jahren auf den Punkt gebracht. Es geht nämlich um Symbolpolitik. So haben Sie das eben ausgeführt, und nicht anders kann man es beschreiben.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wir sind im Gespräch!)

Sie haben es geschafft, sieben Jahre lang nur über Ankündigungen zu sprechen. Sie haben damals angekündigt, ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg zu bringen. „KiBiz ist Mumpitz“, sagte Wolfgang Jörg.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sehen Sie das anders?)

Und wie sieht die Hinterlassenschaft aus? – Wir haben mit 80 % der Träger, die defizitär arbeiten, eine katastrophale Situation in Nordrhein-Westfalen vorgefunden.

Ich hätte von einer Partei, die gerade abgewählt wurde,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie können einmal anfangen, zu regieren!)

heute erwartet, dass sie einmal selbst Bilanz zieht und eingesteht, dass man bei der Kitareform gescheitert ist – das wäre eine mutige und ehrliche Analyse gewesen –, bevor man sich hier großkotzig hinstellt und solche Forderungen aufstellt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da wir diese Bilanz von Ihnen vorgefunden haben, mussten wir zuerst ein Kita-Rettungspaket auf den Weg bringen, damit die Kitas überhaupt erst einmal weiterarbeiten können.

Wir haben weiterhin vorgefunden, dass in dem Haus von Ministerin Kampmann nicht wirklich substanzielle Arbeit geleistet wurde

(Lachen von Wolfgang Jörg [SPD])

und wir jetzt erst Strukturen erarbeiten müssen, um das KiBiz auf den richtigen Weg zu bringen, damit es in Zukunft auch vernünftig ausgeführt werden kann.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Mitarbeiter durften gar nicht arbeiten!)

– Das Problem ist: Es lag nicht an den Mitarbeitern, sondern an der Ministerin, die blockiert hat, dass hier überhaupt Reformen auf den Weg gebracht wurden.

Hannelore Kraft, die bei dieser Debatte schon wieder nicht dabei ist, war nicht in der Lage, überhaupt ihr Wahlversprechen einzuhalten. Das ist doch das Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen vorgefunden haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)